



8. Juli 2026

Postulat

von Andreas Egli (FDP)
und Martina Zürcher (FDP)

Der Stadtrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstatten, in dem er darlegt, wie er innert nützlicher Frist den in der Interpellation 2025/233 festgehaltenen Unterbestand an Schutzbauten von über 80'000 Plätzen in Schutzräumen nur schon für die ständige, angemeldete Wohnbevölkerung der Stadt Zürich beheben will. Der Bericht soll aufzeigen, welche Behelfsunterstände für bestimmte Kategorien für Krisensituationen genutzt werden könnten und welche Massnahmen die Stadt zur Nutzung solcher Möglichkeiten einzuleiten gedenkt.

Begründung:

Die Beantwortung der Interpellation 2025/233 durch den Stadtrat (Stadtratsbeschluss Nr. 3953/2025) belegt einen massiven Schutzbautenunterbestand in der Stadt Zürich. Die vom Stadtrat aufgeführte Neubautentätigkeit in Sachen Schutzbauten würde zu einer Schliessung der Lücken frühestens in über 300 Jahren führen, was offensichtlich ungenügend und absurd verspätet ist. Unter allen Titeln scheint zudem ausgeschlossen, dass diese Lücke innerhalb der aktuellen Legislatur durch vollwertige Neubauten von Schutzräumen geschlossen werden kann. Es scheint, als würde der Stadtrat zurzeit schon lange bestehende Schutzräume lieber intensiver kontrollieren, anstatt neue Schutzplätze zu erstellen, wofür er bei kleineren (Ersatz-)Neubauten auch eine Ersatzabgabe erhält. Der Stadtrat soll daher darlegen, welche Behelfsunterstände (Tiefgaragen, Untergeschosse etc.) mittels rascher, baulicher Optimierung zu immerhin minimal tauglichen Schutzräumen aufgewertet werden könnten.